

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa.
Kreis Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Kreishauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Amtsgerichts Riesa und des Landratsamtes Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststedt: Dresden 1200
Circus Riesa Nr. 52.

Nr. 28.

Freitag, 27. Januar 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, monatlich 8.— Mark ohne Aufzugsgebühr. Einzelnummer 20 Pf. Ausgaben für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorauflösung bezahlt; eine Würde für das Erstehen an bestimmten Tagen und Orten wird nicht übernommen. Preis für die 48 Tage breite, 3 mm hohe Grundschreibweise (7 Silben) 2.— Mark, Octopreis 1.75 Mark; gezeichneten und tabellarischen Satz 50% Aufzugs. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 75 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingespart werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Schätzungs- und Erfüllungsort: Riesa. Rechtliche Unterhaltungsbedingungen "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige legen wichtige Störungen des Betriebes der Druckerei, der Dienstanstalten oder der Verförderungsanlagen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsschule: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Den von den städtischen Kollegien beschlossenen und vom Ministerium des Innern genehmigten 1. Nachtrag zum Entwurf über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an die ehrenamtlichen Mitglieder der städtischen Ämterverwaltungen bekannt.

Stadt Riesa, am 26. Januar 1922.

Ar.

I. Nachtrag

zum Entwurf über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an die ehrenamtlichen Mitglieder der städtischen Ämterverwaltungen.

In § 2 wird die Zahl 500 durch 1000 und die Zahl 250 durch 500 erweitert.

In § 8 wird die Zahl 5 durch 10 und die Zahl 3 durch 6 erweitert.

III.

Dieser Nachtrag tritt mit Rückwirkung auf 1. Oktober 1921 am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Riesa, am 20. Dezember 1921.

Der Rat der Stadt Riesa.
(L.S.) Dr. Schneider, Bürgermeister. (L.S.) G. Günther, Vorsteher.
44 II G.

Geschäftsführer.

Dresden, am 10. Januar 1922.

Ministerium des Innern.

Für den Minister:

(L.S.) J. H. Dr. Noeben.

Ar.

Städtischer Kartoffelverkauf!

Die von der Stadt beschafften Kartoffeln sollen nunmehr zum Verkauf kommen. Bezugsberechtigt sind lediglich solche Einwohner, die über keine oder nur geringe Mengen Kartoffeln verfügen. Bezugsscheine werden gegen Vorlegung der Brotausweisstafte an jedem Montag, Mittwoch und Freitag von vormittags 8 bis 12 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 8 (Wartezimmer) ausgestellt.

Stadt Riesa, am 26. Januar 1922.

Ar.

Brenntorf

kann noch abgegeben werden, Str. 14 Mark. Bezugsscheinentnahme und Bezahlung im Rathaus, Zimmer Nr. 5.

Der Rat der Stadt Riesa, am 26. Januar 1922.

Morgen Sonnabend, den 28. d. M., vorm. 10 Uhr kommt im hiesigen Schlachthof ein guter, junger

Schäferhund

gegen sofortige Bezahlung öffentlich zur Versteigerung.

Riesa, am 27. Januar 1922.

Der Volkswirtschaftsbeamte des Rates der Stadt Riesa. Gödt.

Hertisches und Sachsisches.

Riesa, den 27. Januar 1922.

* Brotkartenausgabe. Für die Bewohner der Stadt Riesa werden die Brotkarten nächsten Montag von 8-12 Uhr vorm. in den bekannten Ausgabestellen ausgegeben.

* Nach Beendigung des Eisenbahnerstreiks ist die Arbeit, wie aus Dresden gemeldet wird, in allen Betriebsstätten gestorben ohne Störung wieder aufgenommen worden. Der Personen- und Güterverkehr nimmt wieder mehr und mehr reguläre Formen an. Es wurde erwartet, dass im Laufe des gesuchten Tages auch in Leipzig und Zwönitz die Eisenbahner die Arbeit wieder aufnehmen würden. — An der „Unabhängigen Volksbank“ wird behauptet, die Generaldirektion habe entgegen ihrer Zusagen, niemanden wegen des Streiks an Mahnmeldungen, trotzdem einen Eisenbahner suspendiert und gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet, nur weil er seiner Verpflichtung nachgekommen sei. Ungläubige zu verbüten. Diese Nachricht ist, wie Wolfs Sächs. Landesdirektion von angständiger Stelle erfuhr, nicht richtig. Der Sekretär hat sich erheblich gegen die Strafmaßnahmen vertheidigt, indem er ein Telegramm eingeschickt als Diensttelegramm abgeben ließ mit der Aufforderung an sämtliche Dienststellen, den gesamten Güterverkehr einzustellen. Er hatte ferner Mahnmeldungen in die Wege geleitet, um den gesamten Signalapparat lahmzulegen. Eine Durchführung dieses Vorhabens hätte unabsehbare Folgen nach sich ziehen können. — Die Offizialabteilung Dresden teilt mit: In der Presse ist die Meldung verbreitet worden, dass die Generaldirektion der Streikleitung für den Fall des Abbrechens des wilden Streiks den Bericht auf jedes disziplinarische Einschreiten in Aussicht gestellt habe. Dies ist ungutstellend. Die Generaldirektion hat jede Verhandlung mit der Streikleitung, weil diese ungutstellend war, abgelehnt und hat lediglich einzelne Arbeitnehmervertreter, die ihre Vermittelung abgelehnt haben, dazu gezwungen, die mitzuarbeiten haben am Wohl des Volkganges.“ Im Interesse einer gelunden Entwicklung unseres Sachsenlandes, auf die die Sozialdemokratie einen erheblichen Einfluss ausübt, kann siefinden, dass sie sich ferngehalten hat von Illusionen und allzu rohen Konzessionen an die Schlagwort- und Illusionspolitik, so ist das zu einem sehr großen Teile das Verdienst Karl Sindersmanns. Seine Politik entsprach namentlich in den letzten Jahren konsequent jener programmatischen Forderung, die in dem Bericht der sächsischen Regierung über ihre Arbeit im vergangenen Jahre folgendermaßen umskizzieren worden ist: „Dass dem Lande verbliebene Aufgaben können eine ertragreiche Lösung nur finden, wenn alle diejenigen, die Ansprüche an den Staat stellen, eine Politik des Möglichen verfolgen, Wirklichkeiten leben und Wirklichkeiten berücksichtigen, Hemmungen und Hindernisse, denen wir als im Kriege unterlegenen unterworfen sind, in Rechnung stellen. Konsequenzen ziehen aus Katastrophen und Staatsnotwendigkeiten — das wird Aufgabe aller deren sein müssen, die mitzuarbeiten haben am Wohl des Volkganges.“ Im Interesse einer gelunden Entwicklung unseres Sachsenlandes, auf die die Sozialdemokratie einen erheblichen Einfluss ausübt, kann siefinden, dass es zu wünschen, wenn der Nachfolger des Verstorbenen dieses Programm auch zu dem einzigen machen möchte. Sindersmann war geboren am 22. Februar 1869 in Baumgarten in Schlesien. Er war lange Buchhalter im Betriebe der Dresdner Volkszeitung und wurde vor etwa 10 Jahren Geschäftsführer des gesamten Druckereibetriebes Aden & Co. (Dresdner Volkszeitung). Er war seit 1899 Vorsitzender des Zentralkomitees der sächsischen Sozialdemokratie und das zuletzt Vorherrschende der sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtages. 1908-1909 war er Mitglied des Reichstages für den 2. sächsischen Wahlkreis Löbau-Ebersbach-Reußendorf. Udo Sindersmann war im Gegenzug zu vielen anderen sozialdemokratischen Abgeordneten aus der Kirche nicht ausgetreten, sondern entsprechend der sozialdemokratischen Vorstellungen, wonach Religion Katholisch zu sein hat, römisch-katholisch geblieben. Nachfolger Sindersmanns im Landtag war Bürgermeister Emil Nitsche, der frühere Finanzminister ist. — Am 21. Januar des Todes des Udo Sindersmann hat Ministerpräsident Hansmanns der sächsischen Staatsregierung an den Landtagspräsidenten Fröhlich, sowie an die Familie des Vortragenden vergleichende Beileidsbekundungen gerichtet.

* Vortragssabend. Der Gewerbeverein veranstaltet einen Bildervortrag über die Schönheiten des Saarlands. Da das Meilen in Zukunft nur sehr begrenzt möglich sein wird, soll dieser Vortrag einen Teil unserer engeren Heimat vor Augen führen, der rüttigen Wanderern zu Fuß zu erreichen möglich sein wird. Über auch für alle, die die Saarland kennen, dürfte dieser Vortrag

die Erinnerung an schöne Stunden wecken. Der Besuch ist für jedermann empfehlenswert.

* Aktenleitungen durch die Post. Den Behörden gehen häufig Aktenleitungen zu, die als Packen aufgegeben werden und, aber die für die Packen allgemein festgelegte Abmessungen (25 cm lang, 15 cm breit und 10 cm hoch, in Rollenform 30 cm lang und 15 cm hoch) überschreiten. Aktenleitungen dieser Art sind entweder als dientlicher Aktenbrief von Behörden (Gewicht von 250 bis 500 g. Gebühr 5 Pf.) oder aber (bei einem Gewicht über 500 g.) als Paket aufzugeben; ihre Verwendung als Packen bringt noch den besonderen Nachteil mit sich, dass die empfangende Stelle das Doppelte des Gebührens an Postgebühren zu entrichten hat. Es empfiehlt sich daher dringend, bei der Versendung von Akten auf die richtige Wahl des Versendungsart besonderen Augenmerk zu richten.

* Landtagsabgeordneter Karl Sindermann ist in der Nacht zum Donnerstag seinem hartnäckigen schweren Leid erlegen. Mit Sindermann, der nur 58 Jahre alt geworden ist, verliert die sozialdemokratische Partei Sachsen ihren Führer. Dieser Schlag trifft sie um so schwerer, als sie in berechtigter Sorge um einen ihm ebenbürtigen Nachfolger ist. Sindermann war ein Kämpfer, der wirklich Einfluss bekam, Einfluss sowohl auf die Massen, als auch auf die Funktionäre und Abgeordneten der Partei.

Er hat viele Jahre hindurch seine kluge Politik getrieben, die die sozialdemokratische Partei ebenso wie gescheiterte Experimente als auch vor einer neuen Spaltung bewahrt hat. Wenn sich die SVD Sachsen trop bestiger Anfeindungen von links auf der bisher innegehaltenen Linie feindseliger Politik gehalten hat, wenn sie sich ferngehalten hat von Illusionen und allzu rohen Konzessionen an die Schlagwort- und Illusionspolitik, so ist das zu einem sehr großen Teile das Verdienst Karl Sindersmanns. Seine Politik entsprach namentlich in den letzten Jahren konsequent jener programmatischen Forderung, die in dem Bericht der sächsischen Regierung über ihre Arbeit im vergangenen Jahre folgendermaßen umskizzieren worden ist: „Dass dem Lande verbliebene Aufgaben können eine ertragreiche Lösung nur finden, wenn alle diejenigen, die Ansprüche an den Staat stellen, eine Politik des Möglichen verfolgen, Wirklichkeiten leben und Wirklichkeiten berücksichtigen, Hemmungen und Hindernisse, denen wir als im Kriege unterlegenen unterworfen sind, in Rechnung stellen. Konsequenzen ziehen aus Katastrophen und Staatsnotwendigkeiten — das wird Aufgabe aller deren sein müssen, die mitzuarbeiten haben am Wohl des Volkganges.“ Im Interesse einer gelunden Entwicklung unseres Sachsenlandes, auf die die Sozialdemokratie einen erheblichen Einfluss ausübt, kann siefinden, dass sie sich ferngehalten hat von Illusionen und allzu rohen Konzessionen an die Schlagwort- und Illusionspolitik, so ist das zu einem sehr großen Teile das Verdienst Karl Sindersmanns. Seine Politik entsprach namentlich in den letzten Jahren konsequent jener programmatischen Forderung, die in dem Bericht der sächsischen Regierung über ihre Arbeit im vergangenen Jahre folgendermaßen umskizzieren worden ist: „Dass dem Lande verbliebene Aufgaben können eine ertragreiche Lösung nur finden, wenn alle diejenigen, die Ansprüche an den Staat stellen, eine Politik des Möglichen verfolgen, Wirklichkeiten leben und Wirklichkeiten berücksichtigen, Hemmungen und Hindernisse, denen wir als im Kriege unterlegenen unterworfen sind, in Rechnung stellen. Konsequenzen ziehen aus Katastrophen und Staatsnotwendigkeiten — das wird Aufgabe aller deren sein müssen, die mitzuarbeiten haben am Wohl des Volkganges.“ Im Interesse einer gelunden Entwicklung unseres Sachsenlandes, auf die die Sozialdemokratie einen erheblichen Einfluss ausübt, kann siefinden, dass es zu wünschen, wenn der Nachfolger des Verstorbenen dieses Programm auch zu dem einzigen machen möchte. Sindersmann war geboren am 22. Februar 1869 in Baumgarten in Schlesien. Er war lange Buchhalter im Betriebe der Dresdner Volkszeitung. Er war seit 1899 Vorsitzender des Zentralkomitees der sächsischen Sozialdemokratie und das zuletzt Vorherrschende der sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtages. 1908-1909 war er Mitglied des Reichstages für den 2. sächsischen Wahlkreis Löbau-Ebersbach-Reußendorf. Udo Sindersmann war im Gegenzug zu vielen anderen sozialdemokratischen Abgeordneten aus der Kirche nicht ausgetreten, sondern entsprechend der sozialdemokratischen Vorstellungen, wonach Religion Katholisch zu sein hat, römisch-katholisch geblieben. Nachfolger Sindersmanns im Landtag war Bürgermeister Emil Nitsche, der frühere Finanzminister ist. — Am 21. Januar des Todes des Udo Sindersmann hat Ministerpräsident Hansmanns der sächsischen Staatsregierung an den Landtagspräsidenten Fröhlich, sowie an die Familie des Vortragenden vergleichende Beileidsbekundungen gerichtet.

* Vortragsabend. Das Polizeipräsidium wird in einem demnächst stattfindenden Demonstrationenort einem größeren Kreis von Interessenten eine Polizeimeldungsvorführung, die seit längerem Jahren in einigen amerikanischen Städten erfolgreich benutzt und zur Zeit von der Firma Siemens u. Halske für die Stadt Berlin im Berliner Polizeipräsidium ausgebaut wird. Die Vorführung dieser Anlage besteht für das Publikum hauptsächlich in der schnellen

Wahlmittel. Sie ermöglicht es vor allem, unterwegs befindliche Sicherheitsmannschaften auf ihrem Patrouillengange von wichtigen Vororten zu unterrichten, weitere Hilfe beziehendlich Verstärkungen herbeizurufen, die Beamten selbst auf ihrem Marschgang zu kontrollieren sowie etwas beobachteten Vorfall sofort an das Polizeipräsidium beziehendlich die Polizeimachern zu melden. Die Anlage besteht aus einzelnen Apparaten, die ähnlich den Feuerwehrmännern auf öffentlichen Straßen und Plätzen aufgestellt und von den Beamten zur Erhaltung von Melbungen benutzt werden können. Auch Bürgersonnen können unter bestimmten Bedingungen Schlüssel für diese Apparate erhalten. Dieser Apparat hat ein ihm eigentümliches Zeichen und gibt es an die Zentrale im Polizeipräsidium, die wiederum den Ruf durch andere Straßenabwärts mit Hilfe von lautstarken Weckern oder Lärmbombenmeldern an die patrouillierenden Beamten weiterzugeben, beziehendlich Mannschaften von allen zunächst gelegenen Wachen an die umstehende Stelle befestigen kann. Auch jeder Polizist und jedes Geschäft kann sich an die Anlage anschließen und hat dadurch ebenfalls den Vorteil, mit der denkbar größten Sicherheit und Schnelligkeit bei Gefahr im Verzug polizeiliche Hilfe zu erhalten.

* Schiedsentscheid über die Gemeindearbeiterstreit. Aus Dresden wird gemeldet: Die Bezirksleitstelle für kommunale Arbeitnehmer im Kreisstaat Sachsen lässt gestern einen Schiedsentscheid über die Gemeindearbeiterstreit. Der Schiedsentscheid übernimmt grundsätzlich die im Reiche für die Reichsarbeiter mit den Spartenorganisationen vereinbarten Vorschriften. Spricht aber darüber hinaus den Gemeindearbeitern zum Teil noch besondere Leistungsaufgaben zur Ausgleichung an die Industrie zu, so ist dies zu berücksichtigen.

* Riesa. Den zweiten Vortrag auf dem Landesentwicklungsbiennium nachmittags die Stadtverordnete Schulzeiße. Die Bezirksleitstelle für kommunale Arbeitnehmer im Kreisstaat Sachsen lässt gestern einen Schiedsentscheid über die Gemeindearbeiterstreit. Der Schiedsentscheid übernimmt grundsätzlich die im Reiche für die Reichsarbeiter mit den Spartenorganisationen vereinbarten Vorschriften. Spricht aber darüber hinaus den Gemeindearbeitern zum Teil noch besondere Leistungsaufgaben zur Ausgleichung an die Industrie zu, so ist dies zu berücksichtigen.

* Woche. Den zweiten Vortrag auf dem Landesentwicklungsbiennium nachmittags die Stadtverordnete Schulzeiße. Die Bezirksleitstelle für kommunale Arbeitnehmer im Kreisstaat Sachsen lässt gestern einen Schiedsentscheid über die Gemeindearbeiterstreit. Der Schiedsentscheid übernimmt grundsätzlich die im Reiche für die Reichsarbeiter mit den Spartenorganisationen vereinbarten Vorschriften. Spricht aber darüber hinaus den Gemeindearbeitern zum Teil noch besondere Leistungsaufgaben zur Ausgleichung an die Industrie zu, so ist dies zu berücksichtigen. Die Partei kennzeichnet mit treffenden Worten den Unterschied zwischen Stadt und Land, und läuft ihre eindrucksvollen Darlegungen dahin zusammen, dass an die Stelle des materialistischen Geistes wieder treten müsse Gottesfürcht vor Gott und ewigen Dingen, an die Stelle der Genußsuche und Selbstsucht, Selbstsucht, die sich auch zu überwinden weiß um der Tätschungsfülle willen, an die Stelle des stalinistischen Geistes der Vollgesetzlichkeit und an die Stelle der Vaterlandslosigkeit ein starkes, festes, deutsches Volksbewusstsein. — Am vierten Tage sprach der Techwirt Rudolf Linke in die Krone bei Tharandt über Praktische Teichwirtschaft. Der Vortragende erklärte den Chorälen der Götzen und der Karyatiden und führte das mehr oder weniger gute Gedächtnis der Fische in den Teichen auf die verschiedenartige Nahrhaftigkeit des den Teichen ißenden Baies zurück. Die Beifische müssen aus guten Zuchtanstalten stammen und schnellwachsig sein; an Beispielen wurden die Fehler einer zu schwachen oder zu starken Belebung erläutert. Für Fütterung und Fütterung wurden Anhaltspunkte gegeben und die Vermehrung der Fische durch ungünstig beeinflussenden Schilf- und Rohrbestände dringend empfohlen. Am Freitag zurückgegangene Teiche sollen durch eine oder zweijährige landwirtschaftliche Belebung wieder auf die frühere alte Produktivität gebracht werden. Belehrungen über die wichtigsten Einrichtungen, das Entweichen der Fische durch den Zufluss oder den Abfluss zu binden, sowie über Teichverschlüsse folgten Ratschläge für die Abfischung der Teiche und die Einrichtung von Fischhäusern. Hervorgehoben wurde die Anwendung von belohnenden für Fische konstruierten Saugfischapparaten zur Vermeidung von Verlusten bei der Abfischung der Fischfänge und Fischfrachten, sowie der Schädlingsfreiheit industrieller Abwasser empfahl der Vortragende bei teichwirtschaftlichen Fragen die Geschäftsstelle des Sachsischen Fischerei-Vereins in Dresden lieblich zu benutzen.

* Tagung des Hansa-Bundes. Am 16. Jan. fand eine Versammlung des Präsidiums und Vorstandes des Hansa-Bundes, Landesverband Sachsen, in Leipzig statt. Aus den wichtigsten Punkten der umfangreichen Tagesordnung seien folgende hervorgehoben: Stellungnahme zu Wohnungsnutz, die eine lebhafte Diskussion auslöste,

Hierbei trete Herr Hause-Beipzig für ein engeres Zusammengehen von Mieter und Vermieter ein und wies darauf hin, daß bei einem solchen, wenn es schon früher vorhanden gewesen wäre, die Mieten nicht so hoch belastet werden würden, wie es jetzt durch den Staat im Wege der Wohnungsbauabgabe geschieht. Er reat dabei an, etwas effektiv Vorschriften zu schaffen. Das Unternehmertum im Bauwesen könne nur dann an Neubauten herangehen, wenn die Sicherheit vorhanden sei, daß für die teureren Wohnungen in Neubauten auch Mieter zu finden seien. Um dies zu erreichen, sei es nötig, das Münzabgabegesetz bei großen und teuren Wohnungen baldmöglichst wieder einzuführen, damit ein Nachschub in billigeren Wohnungen stattfinden könne. Die endgültige Stellungnahme in der Wohnungssache wurde an die Zentrale verwiesen. — In Sachen der Umlaufsteuer trat die Versammlung für eine besondere Verstärkung der Interessen des Kaufmännischen Vertreters ein. Der Antrag des Reichstagsabgeordneten Hammer, die Konsumgenossenschaften usw. steuerfrei zu lassen, fand starke Billigung, und es wurde darauf hingewiesen, daß auch die deutschnationalen Mitglieder des Landesverbandes den Standpunkt Hammer durchaus nicht teilen, sondern im Interesse des Mittelstandes unter den Gewerbetreibenden durchaus den Standpunkt vertreten, daß auch diese Genossenschaften der Konsumvereine zu besteuern sind. Im Zusammenhang hiermit wurde auf die umfangreiche Arbeit des Hansa-Bundes in Steuerfragen hingewiesen, der nichts unverloren gelassen hat, steuerliche Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen und, unter Berücksichtigung auch der Arbeitnehmerinteressen, dem privaten Unternehmertum seine Existenz anubern. — In der Frage des Abstandentragens wurde eine einheitliche Aufstellung nicht erzielt. Einigkeit herrschte aber darüber, daß die Intensität und Qualität der Leistungen weder an die der Kriegszeit heranreichen noch den Anforderungen der Zeit genügen. Mit Genehmigung des Ministeriums hat die Kreishauptmannschaft den zwischen der Stadtgemeinde Zwönitz und der Vorortsgemeinde Wilkenhorst abgeschlossene Gingemeldungsvertrag mit Wirkung vom 1. Januar ds. Jrs. ab genehmigt. Auch der Regierungsschluß hat dem Vertrag zustimmt, sodass die Gingemeldung als vollzogen gelten kann.

In Sachen der Umlaufsteuer trat die Versammlung für eine wesentlich höhere als in Deutschland und daß unsere hohen Preise für die Bedarfsartikel aller Art solange nicht wesentlich billiger werden können, als nicht bei uns durch mehr Arbeitsleistung das Angebot wieder wesentlich die Nachfrage überdeckt. — Im Geschäftsbereich wurde ausgeschlossen, wie sich der Hansa-Bund der Wirtschaftspolitik in Bezug auf den Außenhandel wie im Innern der Interessen von Handel und Industrie und Handwerk in allen an ihm beteiligten Fragen in jeder Weise angenommen hat. Zur Vertretung der Handwerker-Interessen ist der Handwerker-Zentralausschuß wesentlich ausgebaut worden. Die Berücksichtigung der Interessen der Handwerkschaft ist in den neuen Richtlinien entsprechend zum Ausdruck gekommen. — Gegen die Verlinde der Kommunalisierung und Sozialisierung bat der Hansa-Bund in entschiedener Weise Stellung genommen, und insbesondere gegen die Kommunalisierung besondere Denkschriften und Blaupläne herausgegeben. Zur Zeit ist er genötigt, gegen die Absicht vorgezogenen, durch Erweiterung des Reichsberaterkonsortiums den privaten Druckbetrieben ihr Arbeitsfeld zu beschränken. — Erwähnt wurde weiter sein Vorzeigen gegen die Zwangsversorgung des Arbeitsmarktes gegen übermäßige Erhöhung der Post- und Pakettarife, in Sachen der Befreiung der Auskunftsplastik der Betriebe, die Denkschriften zur Bekämpfung des Buchers, über Auswüchse des Deutschenhandels, über den Entwurf zum Schwerriegelbeschädigungsgesetz, sein Vorzeigen zum Schutz der Privatbetriebe gegen das Brauereimonopol u. a. m. An die Verlammung schloß sich ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Staatsminister a. D. Voigt über "Wirtschaftlichen Wiederaufbau", in dem er u. a. auf die bürokratischen Hindernisse in unserer Bahn- und Postverwaltung hinwies, durch die ungeheure Summen in unfähmäcker Weise vergedient werden.

* Nördl. Bericht über die Gemeinderatssitzung am 25. Januar 1922. Es wurde beschlossen, einen Antrag von 25 Prozent zur Reichsgewerbesteuer zu erheben; 7 Stimmen waren dafür, 6 Stimmen waren dagegen. Der Antrag zur Reichsgrundsteuer wurde einstimmig abgelehnt. Der Beitrag in Höhe von 600 Mark zum Auswand für die Gemeindesekretärin wurde einstimmig bewilligt. Das Gehalt der freiwilligen Feuerwehr um eine Bielle von 1200 Mark zum Ankauf von Uniformen wurde genehmigt. Die Vergütung für das Spiegeleringen wurde auf 150 Mark erhöht. Die Besoldung zu einem Schreiben der freiwilligen Feuerwehr, das bei Theatervorstellungen die Entschädigungen für die Badeanstalt nach dem ortsüblichen Tagelohn bemessen werden, wobei Ortsvereine 50 Prozent Erhöhung erhalten sollen, wurde vertragt. Es wurde der Antrag angenommen, einen Feuerlöschkasten zu bilden und in diesen die Herren Schlegel, Weiser, Zimmermann und Lehmann gewählt. Das Gehalt der Epedientin um Erhöhung des Gehaltes auf 600 Mark monatlich wurde einstimmig genehmigt. Von der Kreishauptmannschaft wurde mitgeteilt, daß der Nahrungsmittelmeister Dr. Karl Bergmann aus Dresden als Nahrungsmittelmeister für den Bezirk eingesetzt worden ist. Es wurde beschlossen, bei der Kreishauptmannschaft vorstellig zu werden, weil die Gemeinde nicht an die Landesstelle für Nahrungsmittel angeknüpft worden ist. Der Sparkassenrausch hat beschlossen,

Persönliches von Ritsch.

Einer der ganz Großen im Weltreich der Musik ist mit Ritsch dahingegangen, und über die ganze zivilisierte Erde bin wird man wehmütig der Langwunder gedenken, die er mit seinem "Bauernstabe", dem Taktstock, hervorgerufen hat. Die Begebung Ritschs als Dirigent gelangte sich schon sehr früh. Darauf ist die Art und Weise bezeichnend, auf die der Dreifundzwanzigjährige "entdeckt" wurde. Als Schüler des Wiener Konzervatoriums hatte der junge Ungar sein erstes großes Ereignis, als Wagner 1872 nach Wien kam. Die Konzervatoriumsschüler verschlossen, ihm durch eine Abordnung einen silbernen Pokal zu überreichen, und zum Sprecher wurde Ritsch erkoren. "Von dem, was ich mir eigentlich vorgenommen hatte, an lagen", erzählte er selbst von diesem Augenblick, "wußte ich natürlich kein Sterbenswörter mehr. Nach einigen für mich qualvollen Sekunden stand ich aber meine Fassung wieder, und ich redete, was mir gerade einfiel — so recht vom Herzen weg. Die Sache schien dem Meister zu gefallen, er dankte uns in sehr herzlicher Weise und sprach die für uns besonders bedeutungsvollen Worte, 'es sei ihm um die Zukunft seines Werkes nicht bang, wenn er läuft, daß die Jugend für ihn sei.' Ritsch hatte dann das Glück, als blutjunger Geiger bei der Grundsteinlegung des Bayreuther Festspielhauses mitspielen zu dürfen und wirkte danach vier Jahre als zweiter Violinist im Wiener Opernorchester.

1878 empfahl ihn der Wiener Hofkapellmeister Otto Dehoss an Angelo Neumann, der in Leipzig die Oper leitete und eine tüchtige Kraft für die Vorbereitung des "Ritter-Singings" suchte. Neumann engagierte Ritsch als Chordirektor; aber er zeigte sich bald für das Dirigieren so beravorragend begabt, daß er ihm probeweise die selbständige Leitung eines Wertes übertrug. Es war dies die Operette "Jeanne Jeannette und Jeanneton". Die musikalische Aufführung dieser Operette durch Ritsch machte das größte Aufsehen; er erzielte allmählich größere Aufgaben und sollte in Abweisenheit von Neumann schließlich den "Taunhäuser" dirigieren. Da weigerte sich das Orchester, "unter einem so jungen Menschen zu spielen". Neumann telegraphierte an das Orchester, sie sollten doch wenigstens die Ouvertüre unter Ritsch spielen und dann eine Erklärung abgeben, ob sie

den Antrag für ausgestellte Hypotheken vom 1. Juli ab auf 5 Prozent zu erhöhen.

* Dresden. Im Hauptbahnhof zu Dresden werden augenblicklich die Kostenfälle der Neuzeit entsprechend umgebaut und ausgestaltet, darunter auch der bisherige Kaiser Wilhelm-Saal, der in Richtung des Pirnaer Bahnhofes liegt. Ein Pirnaischer Industrieller hat sich bereit erklärt, zur Ausbildung dieses Saales einen entsprechenden Beitrag zu geben, dafür soll der Saal in Zukunft den Namen "Pirnaer Saal" tragen. So in diesem Saale des ältesten großen Saales abgehalten werden, tritt die Benennung sicher dann bei, die Stadt Pirna auch in weiten außerstädtischen Kreisen bekannt zu machen.

In Sachen der Umlaufsteuer trat die Versammlung für eine besondere Verstärkung der Interessen des Kaufmännischen Vertreters ein. Der Antrag des Reichstagsabgeordneten Hammer, die Konsumgenossenschaften usw. steuerfrei zu lassen, fand starke Billigung, und es wurde darauf hingewiesen, daß auch die deutschnationalen Mitglieder des Landesverbandes den Standpunkt Hammer durchaus nicht teilen, sondern im Interesse des Mittelstandes unter den Gewerbetreibenden durchaus den Standpunkt vertreten, daß auch diese Genossenschaften der Konsumvereine zu besteuern sind. Im Zusammenhang hiermit wurde auf die umfangreiche Arbeit des Hansa-Bundes in Steuerfragen hingewiesen, der nichts unverloren gelassen hat, steuerliche Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen und, unter Berücksichtigung auch der Arbeitnehmerinteressen, dem privaten Unternehmertum seine Existenz zu sichern. — In der Frage des Abstandentragens wurde eine einheitliche Aufstellung nicht erzielt. Einigkeit herrschte aber darüber, daß die Intensität und Qualität der Leistungen weder an die der Kriegszeit heranreichen noch den Anforderungen der Zeit genügen.

* Böhlen. Gestern aufgeladen wurde auf Großschweidnitzer Straße im Straßenarbeiten von Fabrikarbeitern Generalleutnant v. Höhn. Er wohnte in der Landeskunst und wurde beim Spaziergang vom Unimobilien besessen worden sein, wobei er den Tod erlitten hat.

Oberennerndorf (Laud.) Ein traumisches Ende

lief die 26jährige Gutsbesitzerin Friederike Hilda Rose

überstellt, die Tochter des verstorbenen Lehnsbesitzers Hermann Rose in Haldendorf bei Köthen-Gemetalde. Sie war an Geburtsgruppe erkrankt und ist im Fleber, wahrscheinlich aber in plötzlicher Herzkrise umgekommen, nur mit Mund und Nachsacke bekleidet, am Freitag morgen nach dem Notar zu entrichten. Nach ländlicher Siedlung sind sie in der Ansiedlung des Gutsbesitzers Burk tot auf.

* Böhlen. Mit Genehmigung des Ministeriums hat die Kreishauptmannschaft den zwischen der Stadtgemeinde Zwönitz und der Vorortsgemeinde Wilkenhorst abgeschlossene Gingemeldungsvertrag mit Wirkung vom 1. Januar ds. Jrs. ab genehmigt. Auch der Regierungsschluß hat dem Vertrag zustimmt, sodass die Gingemeldung

als vollzogen gelten kann.

Unter dem Druck der hektigen Veränderung aller auf Zeitungsherstellung benötigten Materialien, ganz besonders aber wegen des ungünstigen Aufschlags auf Zeitungspapier, welches in ganz kurzer Zeit von 42 000 M. für 10 000 kg auf 70 000 M. gebracht wurde, ist auch das Mieseler Tageblatt gewungen, neue Anzeigen- und Belegschaftspreise ab 1. Februar 1922 festzulegen.

Für die 48 mm breite und 3 mm hohe Anzeigenzelle berechnen wir ab 1. Februar 1922 M. 2,50 und für die 80 mm breite und 3 mm hohe Reklamezelle M. 7,50. Der Belegschaftspreis vom Mieseler Tageblatt ab 1. Februar 1922 beträgt einschließlich Brüderlohn 11 M.

Alle früheren Anzeigen- und Belegschaftspreise sind durch die vorstehend genannten ungültig.

Verlag des Mieseler Tageblatts.

Glauchau. Die Hochsteuer hat auch im kleinen Mate Preußisch gefunden; wegen der Einführung einer sozialen Radesteuer soll beim Sächsischen Gemeindetag angesetzt werden.

* Oelsnitz i. B. Gestern vormittag wurde hier eine Gefahrlosigkeit von fünf Frauen aus Gottmannsgrün i. Böhmen verboten, die Kleidungsstücke und andere Textilwaren einzukaufen hatten, um sie über die Grenze zu schmuggeln. Die Waren wurden beschlagnahmt und die Frauen, well es sich um bedeutende Summen handelte, dem Amtsgericht zugeführt.

* Leipzig. Durch ein Großfeuer, das am Donnerstag früh in der Wagenreparaturfabrik Walther und Allgaier ausbrach, wurden an den Gebäuden, Robotermaterialien und Fertigfabrikaten Millionenenschäden angerichtet. Die Löscharbeiten wurden durch die Nächte außerordentlich erschwert. Infolge des herrschenden Windes war eine Zeit lang die ganze Altstadt bedroht. Die Entstehungsfläche des Brandes ist noch nicht festgestellt, doch soll Brandstiftung ausgeschlossen sein.

* Leipzig. Die Betriebsräte der Leipziger Zeitungsbetriebe haben eine Entscheidung an die Reichsregierung gefordert, in der sie diese erlaubt, unverzüglich alle geeigneten Maßnahmen zur Bereitstellung der wirtschaftlichen Gefährdung der Tagespresse zu ergreifen.

* Dößnitz. Der Brand des Friedrichstheaters ist auf einen Schaden in der Heizkunstbeizung zurückzuführen. Die Flammen schlugen durch eine schwabische Stelle in der Heizungsanlage und brannte die Bühne an, unter der sich die Heizung befand. Das Künstlerpersonal ist dadurch fast betroffen worden, doch es im Falle eines Brandes als entlassen gilt. Das Kuratorium hat sich für den Wiederaufbau des Theaters entschieden.

Sächsischer Landtag.

wsl. Dresden, 26. Januar.

Beginn v. Sitzung 1 Uhr. Präsident Dr. Rößelort macht Mitteilung von dem erfolgten Ableben des Abg. Stindermann. Dieser war seit 1913 bis zur Umwidmung Mitglied des früheren Landtags, dann der Volkskammer und des gegenwärtigen Landtages. Der Präsident will-

ihre Weigerung aufrecht erhalten oder nicht. Was er vermutet hatte, trat ein; der Erfolg des jungen Dirigenten war nach der Ouvertüre so groß, daß die Musiker selbst ihn in stürmischer Begeisterung applaudierten und nun mit ihm durch Dix und Dünn gingen. Damit hatte der Aufstieg Arthur Ritschs begonnen, und bald stand er in der Reihe der ersten Dirigenten Deutschlands. Seine Macht über die Musiker war gewaltig und fast unbegreiflich. Carl Rebs gibt dafür in seinem Buch "Meister des Taktstocks" ein gutes Beispiel. 1888 hatte er den Mut, mit der höchst mittelmäßigen Preußischen Kapelle vier Sinfoniekonzerte in Berlin zu veranstalten. "Ich habe nicht nur diese Konzerte, sondern auch ihre Proben mitgebracht", schreibt Rebs, "und habe schon damals einen ganz starken Eindruck von Ritschs Persönlichkeit bekommen."

Eine Varietät brauchte er überhaupt nicht, weder bei den Proben noch bei der Aufführung, er hatte die Programme aller Konzerte fest im Kopf. Es war unbedenklich, mit welcher eisernen Ruhe er am Pult stand und mit welcher Gelassenheit er den Musikern, die sich oft an seine freie, aus geistigen Antrieben fliehende Stabführung gewöhnen mussten, Fehler um Federn austrieb. Ritsch als Dirigent wird jedoch unvergleichlich sein, der ihn bewundert. Er zeigt eine eisige Ruhe, gebraucht nur ganz scharfes Hand- und Armbewegen, und sein Gesicht bleibt fast unbewegt. Unso lebhafte arbeiteten sein Geist, seine nachdachende und aufzuhaltende Phantasie. Durch welche Mittel er das Orchester in seinen Bann zwang, bleibt einer der vielen Geheimnisse beim darstellenden Künstler, genauso, daß diese Macht da ist und von ihm auf jeden einzelnen Musiker übertrölt. Überholt dieses seiner Wirkung besagt, hat er selbst einmal gesagt: "Man will von mir wissen, wie ich mein Fühlen meinen Musikern mitteile; ich tue es einfach, ohne daß ich weiß, wie. Wenn ich ein Werk dirige, so ist es die erregende Wucht der Wurst, die mich fortzieht. Ich folge durchaus keinen bestimmten und festen Regeln der Interpretation; ich sehe mich nicht etwa hin und her mit im Voraus aus, wie ich jede Note eines Wertes spielen lassen werde. So wechselt denn meine Auffassung in Einzelheiten fast bei jedem Konzert, geleitet von jenen Mächten des Gesühls, die in mir besonders stark reagieren werden."

mit dem Taktstockschwinger einen ebenen Nachruf, während sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erhoben haben.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die 3. Beratung über die Vorlage bet. die Gingemeldung selbständiger Gutsbezirke. Der Entwurf wird wegen juristischer Bedenken nochmals an den Reichsausschuss zurückverwiesen.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung der Volksbildungskasse wird in 2. Sitzung in der Sesslung des Reichsausschusses angenommen. Ein weiterer Gesetzentwurf betrifft die Abänderung des allgemeinen Berggesetzes vom 31. August 1910. Nach einer kurzen Gesetzesordnungsdebatte wird die Vorlage an den Reichsausschuss verweisen.

Der Gesetzentwurf über die Ausschaffung der Dienstbezüge der Volksschullehrer unter Wirkung von Gehaltstreibern wird vom Kultusminister Blechner begründet. Es soll eine ständige Einrichtung geschaffen werden, um die 19 000 Lehrkräfte immer rechtzeitig in den Besitz ihrer Bezüge zu bringen. Bisher war das nicht immer möglich. Die Gehaltstreiber sollten den Lehrerkreis entnommen werden und keine Sonderbelohnung dafür erhalten. Im Laufe der Debatte behauptet Abg. Dr. Seelert (Dem.), daß neue System der Gehaltberechnung bringe eine gewisse Vereinfachung mit sich. Danach würde der Staat nur Vorteile erzielen. Auch die Abg. Schurig (Soz.) und Weigel (Unabh.) treten für die Regelungsvorlage ein, während sich andere Redner dagegen wenden. Ein Antrag auf Überweisung der Vorlage an den Reichsausschuss wird lächelnd abgelehnt, die Vorlage aber zur 2. Sitzung auf die nächste Tagesordnung gelegt.

Es folgt ein Antrag des Haushaltsausschusses A bet. den Rechenschaftsbericht zu Kap. 95, Seminare, für 1918/19. Das Haus beschließt das Kapitel an den Reichsausschuss zurückzurütteln. Weiter wird die Vorlage über die nachträgliche Einstellung von 13 Millionen Mark zur Verbesserung der Milchversorgung in den ordentlichen Haushaltspol 1921 in erste Beratung genommen. Im Laufe der Aussprache stellt Minister Dr. Elsässer fest, daß die tatsächliche Regierung zunächst gegen die Bewilligung von 400 Millionen Mark zur Milchversorgungsverbesserung aus Reichsmitteln gestimmt habe. Sie ist aber in der Kindersterilität geblieben und habe deshalb in einer Zwangslage dafür gestimmt. Als das wesentliche Werbe nicht die Verbesserung der Milch für Kinderbedürftige, sondern die Verbesserung der Milch durch Aufbau von Kraftfuttermitteln zu betrachten sein. Dieser Punkt sei produktiv als andere. Nach weiterer Aussprache wird die Vorlage an den Reichsausschuss antragsgemäß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung über den Antrag Barthel und Gen. (Soz.) auf Erhöhung der Gewerbeabgaben unter Erstellung. Der Antrag geht darauf hinaus, mit Rücksicht auf die veraltete Lebenshaltung bei der Reichsregierung unverzüglich eine Erhöhung der Gewerbeabgabenunterstützung und den Erlass von Bestimmungen zu beantragen, durch die die Härten bei der Gewährung der Gewerbeabgabenunterstützung (Anrechnung des Verdienstes der Familienangehörigen, Feststellung des Bedarfshabes) berücksichtigt werden.

Arbeitsminister Ritschau: Angesichts der drohenden Lage des Reiches in die Arbeitskraft unseres Volkes das höchste Gut, das wir besitzen. Diese Arbeitskraft zu erhalten, zu schützen und zu steigern, ist staatsmännische Pflicht. Dies trifft besonders für den Staat Sachsen zu. Als mit das wertvollste Bild im deutschen Staatenbunde muß das Reich die tatsächliche Regierung und ihre Maßnahmen unterstützen. Es muß die Aufgabe des Staates sein, in der Gewerbeabgabenfürsorge vorzugehen zu wollen. Dem Minister erscheint es unerlässlich, ob die Männer, die in dem Antrag dargebracht worden sind, in ihrem ganzen Umfang bei der Reichsregierung Anfang finden werden. Die Regierung wird den Antrag bei der Reichsregierung berücksichtigen. Abg. Eckart (D. R.): Eine nachhaltige Erhöhung der Sätze ist notwendig. Den Punkt 1 des Antrages unterstützen wir. 2 müssen wir ablehnen. Minister Ritschau freut sich feststellen zu dürfen, daß im kleinen Gingelst darüber besteht, daß die Gewerbeabgabenunterstützung aufgebelebt werden müssen. Abg. Minckwitz spricht sich im gleichen Sinne wie der Abg. Eckart aus. Nach weiterer unerlässlicher Debatte erfolgt die Abstimmung. Abg. 1 bei dem Antrags wird einstimmig angenommen. Abg. 2 wird mit 44 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

Das Haus beschließt sich dann mit den Rechenschaftsberichten und den Staatshausbalden. Einstimmig angenommen wird Kapitel 74, Betreuung der Staats Schulden, bestehend, Kapitel 14 staatl. sozial. Fernheiz- und Elektrizitätswerk zu Dresden, Kapitel 22 Auflösung der vormaligen Hofhaltung und Kapitel 23 Leistungen auf Grund des vormaligen königlichen Hauses, gegen 9 Stimmen angenommen und unerhebliche Debatte Kapitel 17 Bandeslotterie, einstimmig angenommen werden die Kapitel 25 Bezeichnung der Staats- und Landesbaufestigkeiten, Kapitel 26 Tilgung der Staats- und Landesfestigkeiten, Kapitel 27 auf den Staatsfischen ruhende Jahresrenten, Kapitel 35 Hauptstaatsarchiv, Kapitel 62 landwirtschaftliche Verlustanlagen, Kapitel 63 landwirtschaftliche und gärtnerische Verlust-

Gin neues Lebensbild der Sächsischen Ehelotte.

Die Gestalt der deutschen Fürstentochter Ehelotte von der Pfalz, die als Gemahlin des Bruders Ludwigs XIV. an den französischen Hof kam, ist für uns zum Symbol deutscher Kultur und gebliebener Kraft inmitten europäischer Kulturkultur geworden; in ihr ist gleichsam der deutsche Geist verkörpert, der selbst in den Seiten schlimmster Fremdherrschaft sich nicht beugen läßt und die Fremden unwillkürlich zur Anerkennung und Bewunderung ansporn. Ein neues Lebensbild dieser deutschen aller Fürstinnen in dem französischen aller Jahrhunderte wird von Gertrude Arez in einem anschaulich schildernden Werk gezeichnet, das soeben im Verlag von Julius Hoffmann in Stuttgart erschienen ist. Ungerade ging die deutsche Prinzessin nach Frankreich; nur aus Liebe und Gebotan zu ihrem Vater verhextete sie sich mit einem Prinzen, der das große Gegengewicht von ihr war; sie wurde ein Dyler der Politik und hat ihr ganzes Leben lang schwer davon getragen. Aber in der äußerlich so aldringenden Umgebung am Hofe des Sonnenkönigs bewahrte sie ihre natürliche unverfälschte Art, und durch diese Frische und Lebhaftigkeit wußte sie den verzerrten Döllingen, wußte sie selbst Ludwig XIV. zu imponieren. Sie hat die französische Mode angenommen. Schmucke, Puder und Schönheitspfänsterchen blieben ihr fern; nie trug sie eine Hochzeitsschleife, wie es die französischen Damen des 17. Jahrhunderts zur Schonung ihrer Haut taten. Sie ließ sich, wie sie selbst sagt, "stets die frische Luft um die Nase wehen" und nahm den gebrauten und stark gerösteten Tee in Kauf. Sie war an diesem Hofe, an dem man sich nicht wusch und den Schmuck unter einer prunkenden Kulisse verlor, ein Freiluftmenschen, der sich abstrakte, der weiße Kittel und Jagdaus

Metropol-Lichtspiel-Theater

Böhlauer Str. 2 — Gathaus Stadt Greifswald

Ab hente
bis Dienstag:

„Satanas“

Ein Filmspiel in 6 Akten.

In den Hauptrollen: Conrad Veidt und Margit Braun,
Bräutlein Nicolo — Dorrit Welger.
Niemand versäume, sich dieses Filmwerk anzusehen! Anfang 7 Uhr.

Um gütigen Zuspruch bittet der Besitzer P. Bräutlein.

Voranzeige: Vom 1. bis 3. 2. Der Bagnosträfling.

Stellungs-Besuch.

Unverb. Mann in mittl. Jahren, ohne Auto, sucht geleg. Stellung gegen möglichst Vergütung. Berufung: Berufsschule verfügt über best. Schulbildung, ist solid u. außer arbeitsfreudig, aufmerksam, u. von nat. Gesinnung, er scheint gute fl. Handschrift u. ist guter Rechner. Verselbst wünscht neben anderen Arbeiten zu Buchführ. Arbeiten verordnet zu werden, worin er bereits gute Kenntnisse besitzt u. sich darin weiter vervollkommen will. Sudend. ist Handwerk, war jedoch auch in and. Branch., auch in Fabrik, u. Aufzieldienst d. Arbeitgeber tätig. Werte Off. unt. K. R. soos an das Tabl. Niesa erbeten.

Schmiedelehrling

findet Eltern gute Lehrstelle bei Bruno Strehle, Schmiedemeister, Ostrau bei Döbeln.

Knabe, welcher Lust hat, das Fleischerhandwerk zu erlernen, findet gute Lehrstelle bei Max Lamm, Fleischermeister, Niederan. Ebd. zuverl.

Hausdienner steht am 1. Februar ein Hotel Welt. Hof. Niesa.

Wir suchen sofort

Grundstücke
jed. Art, Landhäuser, Villen, Hotels, Stadtplatzstücke u. w. für Kapitalgewinn Kaufsuchende bei jed. Ansichtung ebd. voller Auszahlung.

St. Landwirtschaftsbank Berlin N. 24.

Haus m. Laden
in sicherer Geschäfts-
lage zu kaufen od.

größter Laden
mit Wohn. sofort ob. später zu mieten gelucht.

Angebote unter K. R. soos an das Tageblatt Niesa.

Mietung! Verkaufe meine besonders schönen Dörrmann-Hündin, Schokoladenbraun, prima Stammbaum und prämierter Eltern, 6 Mon. alt. Seidel, Weißer Straße 1.

Reinraffiger
Schäferhund
9 Monate alt, zu verkaufen. Seulig, verschw.

1 Paar Inf. Stiefeln, neu, und 1 Paar Lederstiefeln zu verkaufen Goethest. 3. v.

Wer hat ein

Hochrad

zu verleihen oder zu verkaufen? Besitzer eines solchen werden herzlich gebeten, zur Förderung einer Vorstellung ihre Adresse unter K. R. soos an das Tabl. Niesa niederzulegen.

Für junge Mädchen
dick Wintermantel
Vielmehr dazu, Ballkleid billig zu verkaufen. Zu erst. im Tageblatt Niesa.

Neuer eleganter Damenmantel preisw. zu verkaufen. Zu erst. im Tageblatt Niesa.

2 Gebrochenzüge, mittl. Fig., zw. 8,2 m Angustoff (braun) sofort preiswert zu verkaufen. Zu erst. im Tageblatt Niesa.

Violine
zu kaufen gelucht. Off. mit Preisangabe unter K. R. soos an das Tageblatt Niesa.

Motto:
Schnucht nach dem Dicht
Schnucht nach dem Guten
Schnucht — Satanas —

Vereinsnachrichten

Freudenauer. Sonnabend — 5 Uhr — Übung.
Wintersverein Niesa. Sonnabend 8 Uhr Sprachkunde im "Dorolp", Elster, Frau Gleisberg. — Montag, den 20. Febr., findet die Hauptversammlung statt. Anträge bis spätestens 8. Februar an den Vorsitzenden.

Gymnastikverein. Die für Sonntag, 29. 1., angelegte Jahreshauptversammlung findet dringender Umstände halber erst am Dienstag, 31. 1., abends 8 Uhr

Freiberberein. Sonntag, 29. d. M., abends 1/2 Uhr im Saal der "Elbterrasse" Bildersaalvortrag von Herrn Studienrat Dr. Wagner in Dresden über "Wanderungen im Baugarten Bergland". Hierzu werden die geehrten Mitglieder nebst Angehörigen eingeladen und um zahlreichen Besuch gebeten. Gäste willkommen.

Ev. Jungmännerverein Niesa. Zur Feier des Stiftungsfestes gemeinsamer Kirchgang. Treffpunkt Sonntag 7.30 Uhr im Heim.

Zither-Wunschkreis Niesa-Gröba. Jugendabteilung. Montag Sonnabend nachmittags 1/2—1/3 Uhr Übungskunde zum großen Konzert im Vereinslokal Wartburg.

St. Militärveterin Niesa. Zur Feier des Stiftungsfestes gemeinsamer Kirchgang. Treffpunkt Sonntag

7.30 Uhr im Heim.

Zither-Wunschkreis Niesa-Gröba. Jugendabteilung. Montag Sonnabend nachmittags 1/2—1/3 Uhr Übungskunde zum großen Konzert im Vereinslokal Wartburg.

St. Militärveterin Niesa. Zur Feier des Stiftungsfestes gemeinsamer Kirchgang. Treffpunkt Sonntag

7.30 Uhr im Heim.

Evangelischer Jungmännerverein, Niesa.

Großer Lichtspielabend am Sonnabend, 28. Januar, 1/2 Uhr im Wettiner Hof:

Im Zeichen der christlichen Jugend.

1. Vom Meinhner Bundesfest. Schwimm- und Turn-Wettkämpfe, Festzug, am Feuer — 2 Alte.

2. Die christliche Jugend in den Städten der Gegenwart. Vortrag von P. Müller-Dresden, Bundeswart des ev. Jungmännervereins.

3. Das Wunder des Schneekrebs — 5 Alte.

Dazwischen Ansprache, Gedichte, Vorträge des Vocaumchor.

Eintrittskarten 5, 3 und 2 Mark.

— Beginn pünktlich 1/2 Uhr.

Turnverein Gröba.

Sonntag, 29. 1., nachm. 8 Uhr

Generalversammlung im „Unter“.

Tagesordnung: Jahresberichte, Turn-

berichte, Kassenberichte, Neuwahlen, Anträge.

Der Turnrat.

Hausbesitzerverein Weida.

Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 2 Uhr

im Gasthof "Gedenk"

Generalversammlung.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht. Der Vorstand,

Xaninchenzüchter-Verein Zeithain.

Sonntag, 29. Jan., vor 6 Uhr ab im Gasthof zum Stern

Konzert und Ball.

Die Mitglieder nebst Angehörigen sind herzlich eingeladen.

Der Vorsitzvorsitz.

Männergesangverein mit gem. Chor

Morzdorf.

Sonntag, den 29. Januar, findet im

Gasthof zum Schwan, Morzdorf, ein

öffentliches Gesangs-Konzert

mit daranfolgendem Ball

statt. — Anfang 7 Uhr. Eintritt 6 Mark. — Um regen

Bspurk wird gebeten.

Gasthof Mauitz.

Sonntag, den 29. Januar

großartiger Damenball

— bis 10 Uhr Damenwahl. —

10 Uhr große Ullspokale und andere Überzeichnungen.

Jedes Mitglied hat ein Geschenk nicht unter

2 M. Wert mitzubringen. — Anfang 7 Uhr.

Alle Mitglieder und tanztige Herren und Damen

lädt freundlich ein. **Teichland "Auf dich" Mauitz.**

Gasthof Pausitz.

Sonntag, den 29. Januar

Sonntag Konzert und Ball.

Gasthof „Zum Ross“, Ragewitz.

Sonntagnachmittag, den 28. Januar

großer Bockbierausschank

ff. Bockwürfchen. — Von 7 Uhr an

feine Ballmusik.

Dazu lädt freundlich ein Max Robisch.

Gasthof Wölfnitz.

Sonntagnachmittag und Sonntag, 28. und 29. Januar

Bockbierfest

mit musikalischer Unterhaltung.

ff. Bockwürfchen. — Mittag gratis.

Um recht zahlreichen Besuch bittet Friedrich Eder.

„Schiffchen“ Strehla.

Sonnabend, 28. Januar großer öffentlicher

Maskenball.

Sonntag, 29. Januar keine Männerballmusik

in den dekorierten

Räumen vom Maskenball. Anfang 4 Uhr. Adolf Scholz.

Gorsets

werden landw. ausgetestet und ausgetauscht bei Franz Börner.

Landwirte!

Rapid-Sturm

Buttermaschine
für Hand- und Kraftbetrieb
dat. sich gut benutzt.
Dauerhafte Konstruktion —
solide Butterung — billig —
daher beliebt zu empfehlen.
Man verlange Projekt.

Paul Tanzik
Göttingen
Pariser Str. 26. Fernsch. 292.

Gänsefedern
liegen zum Verkauf.
Georg Gabericht. Robert.

Schweinefleisch, 24 Mark
je Kilo. Bockfleisch. Wurstwaren

Wurst 22—24 Mark.
Restaurant Stadt Greifswald.
Inb. G. Müllermann.

Schniders Spithaus
Zeithain.
Morgen Sonnabend sowie Sonntag

Bockbier-Hausbank
Sonntag Frei. Kosten.
Anfang 7 Uhr. — ff. Bockwürfchen und Blattluchen.

Es lädt erfreut ein
H. Schneider.

Gasthof Leutewitz.
Sonntag, 29. Jan., findet zur Ballzeit mit Bockbierfest freundlich ein P. Gräfe.

Gasthof Bahra.
Sonntag, 29. Jan., lädt zur Ballzeit mit Bockbierfest freundlich ein W. Thalheim.

Gasthof Koheln.
Sonntag, 29. Jan., feine Tanzmusik wo man einlädt Max Dreigig.

Gasthof Zschepa.
Sonnabend, Sonntag und Montag

ff. Bockbierausschank.
ff. Bockwürfchen.

ff. Blattluchen.
Hierzu lädt freundlich ein Bernhard Seilhan u. Frau.

Wünsch's

Marionetten-Theater

Niesa, Hotel Kronprinz
Sonnabend, d. 28. u. Sonntag d. 29. Januar, abends 8 Uhr

Anna Liese

oder: Die Augenläbe des alten Deßau.

Luftspiel in 5 Akten.

Sonntag 1/2 und um 4 Uhr

Der böse Zwerg

Rumpelstilzchen u.

die Goldspinnerei.

Märchen in 5 Akten.

zu allen Vorstellungen im

Theatrum mundi: Der feuerlebende Berg Actina und die Hexenkadt Catania.

Bruno Wünsch.

NB. Sonnabend u. Sonntag

taut Salver Schieber-Max.

V. f. V.

Gute Freitag in Thieres Restaurant, Goethestr. 1. Abend mit anschließender Versammlung.

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Deutscher Reichstag.

W. Berlin, 26. Januar.

Das Haus ist sehr gut besucht, die Tribünen sind überfüllt. Um Regierungserklärung hat das gesamte Kabinett Platz genommen, auch der preußische Ministerpräsident Braun und die Gesandten der Mitgliedstaaten sind anwesend. In der Diplomatenloge sitzen viele ausländische Vertreter. Als Regierungskommisar ist anwesend Minister o. D. Dr. Rathenau.

Gestern wird die Beleidigung des Reichstages vom 18. Dezember vorläufig abgeschlossen. Der Abstimmungswert von 18 Millionen Mark für Förderung des Nachrichtenwesens im Auslande wiederholte. Zur Abstimmung ist Zweidrittel-Mehrheit erforderlich. Der Reichstag stimmt zu.

Es folgt die Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Als die Reichsregierung am 26. Oktober mit einer programmativen Erklärung vor dem Reichstag trat, verteidigte die Meinung, daß die innere und außermäßige Politik in ihren Grundlinien auch in der neuen Lage fortgeführt werden müsse, welche durch die unabsichtige Entscheidung des Obersten Rates über Überschreiten geschaffen worden war. Diese Politik ist im Innern Erhaltung und Wiederaufbau des Reiches, Sicherstellung der wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Friedensschäden durch innere Konsolidierung, in der außermäßigen Politik aber Mitarbeit Deutschlands an der Herstellung eines wahren Friedens in der Welt und als Mittel hierzu die Vereitlungspläne, die Kosten Deutschlands aus dem Friedensvertrag und seinen Anhängen bis zur Grenze der Selbstbestimmtheit zu erlösen. Nur durch praktische Leistung kann wirklich die Leistungsarena festgestellt werden und nur die weltwirtschaftlichen Folgen der deutschen Leistungen können die Welt über die wirkliche Natur der deutschen Reparationsverpflichtungen aufklären. Im Mittelpunkt aller Probleme steht die Reparation, die Frage sowohl der höheren wie der inneren Politik ist. Die höchste Konzentration aller Regierungsarbeit wird dafür erforderlich. Gerade dieser Kardinalstrang der Reparation hat in den letzten Wochen die hauptsächliche Arbeit und Sorge der Regierung gegeben. Entsprechend ihrem Programm der Leistung richtete die Regierung im Dezember, nachdem festgestellt war, daß die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Vorleistungen aus laufenden Mitteln nicht erbracht werden könnten, an die Bank von England das Schreiben, Deutschland die Zahlungen durch eine langfristige Anleihe von etwa 500 Millionen Goldmark oder durch entsprechende kurzfristige Bankkredite zu ermöglichen. Dieses Schreiben ist abgelehnt worden, mit der Begründung, daß unter den Bedingungen, die zur Zeit die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands befreien, ein Kredit in England nicht erbaubar sei. Damit war zum ersten Male aus den Reihen unserer ehemaligen Gegner autoritativ festgestellt worden, daß die Kosten, die Deutschland auferlegt wurden, seine Kreditwürdigkeit vernichten, so lange diese Zahlungsverpflichtungen eine Änderung nicht erfahren haben. Die Folgerung war, daß man an die Reparationskommission um Stellung der fälligen Vorauszahlung. Dieses Schreiben ist in Cannes dahin beantwortet worden, daß die Zahlungen unter einer gewissen provisorischen Regelung gestundet würden und daß die endgültige Beleidigung über eine Aenderung des Zahlungsplanes für 1922 auf Grund eines von der deutschen Regierung innerhalb 14 Tagen vorzulegenden Reformprogramms erfolgen soll. Dieses Programm wird morgen der Reparationskommission übergeben werden.

Der Reichskanzler spricht sodann Herrn Dr. Rathenau Dank aus, für seine aufopfernden Bemühungen bei der Entente, eine verlustreiche Regelung unserer Beziehungen zum Auslande herbeizuführen und führt fort: In Cannes ist es uns zum ersten Mal gelungen, in freier Weise und anders als in einem Vertrag die wahre Lage Deutschlands vor einer Konferenz auseinanderzusetzen, auf die die ganze Welt blickte. Deutschland ist auch zu einer weiteren Konferenz eingeladen, auf der insbesondere die Frage der Errichtung Afrikas und Mitteleuropas aus der wirtschaftlichen Isolation beraten werden soll. Wir werden nach Genua gehen, nicht mit hinterlistiger Absicht, sondern mit offinem Willen, mit dem Ziel der Wiederherstellung der internationalen und wirtschaftlichen Beziehungen.

Der französische Kabinetswechsel ist nicht nur in Deutschland, fast in der ganzen Welt als ein Symptom dafür angesehen worden, daß der Wiederherstellung eines dauerhaften politischen und wirtschaftlichen Friedens in Europa noch Rückslüsse drohen könnten. Die deutsche Politik hat aber hier die Haltung anzunehmen, die aus dem ehrlichen Friedenswillen und der nüchternen und klaren Erkenntnis realer politischer Machtverhältnisse sich ergeben, um den Interessen Frankreichs soviel Verteidigung zu verschaffen, als dies nur irgend in unserer Macht liegt. Voynich hat in Senat und Kammer erklärt, Deutschland müsse endlich anfangen, seine eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und die Schäden wieder gut zu machen, damit Frankreich die vielen Milliarden zurückverdankt würden. Wenn durch diese Worte der Eindruck erweckt werden soll, daß Deutschland noch garnicht begonnen habe, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, so muß ich dem Land widerstreben. Deutschland hat seit Annahme des Londoner Ultimatums Vorleistungen von 1108 Millionen Goldmark und Zahlungen von 420 Millionen Goldmark abgeführt. Hierzu treten die im Clearing-Vorfahren seit dem Friedensschluß abgeführten 500 Millionen Goldmark. Hinzu kommen die vor dem Ultimatum geleisteten Leistungen Deutschlands, die Ablieferung der Handelsflotte, der Lokomotiven und Eisenbahnwagen, der Seezettel u. a. m. Voynich sagte weiter, Deutschland habe auch nichts leisten wollen. Wie begegnen in der Runde des Herrn Voynich gegenüber der deutschen Finanzabteilung und Wirtschaftsführung all den Vorwürfen, die auf einer völlig ungutstellenden Auffassung der ökonomischen Grundlagen der deutschen Entwicklung in der letzten Zeit beruhen. Unsere Rechtfertigung und Aufklärung haben in letzter Zeit manches erreicht, die Vorwürfe Voynichs aber machen den Eindruck, als ob wir in Frankreich tanzen Ohren gepredigt hätten und man uns dort nicht hören wolle. Das gleiche gilt auch von der Behauptung, Deutschland erhebe weniger Steuern als Frankreich, und suche künftig einen Staatsbankrott herbeizuführen.

Schwer wird es sein, für eine optimistische Ausschaffung werbend einzutreten, wenn man die Stellung anfaßt, die Voynich in der Frage der Kriegsschäden einnimmt. Er stimmt dem Vorwurf der Kammer zu, die deutsche Regierung sollte aufgefordert werden, die Ansprüche der Alliierten zur Abrechnung auszulösen. (Webb, Biirne.) Soweit damit dem Spruch des obersten deutschen Gerichts der Vorwurf der Vorteilhaftigkeit gemacht wird, muß er mit aller Stärke zurückgewiesen werden. (Sehr richtig.) Die Hauptverhandlung in Leipzig ist in voller Unparteilichkeit geführt worden. Das ist sogar von Mitgliedern der englischen Delegation, die persönlich den Verhandlungen begewohnt haben, als über jedem Zweifel stehend betont

Der Reichsverkehrsminister über das Streitrecht der Beamten.

W. Berlin, 26. Januar.
Der Reichsverkehrsminister hat in der Frage des Beamtenstreits den Reichsbahnbehörden folgende Anweisung gegeben:

Berlin, den 26. Januar 1922.

Nach Zeitungsnachrichten hat der Vorstand der Reichsverkehrsbehörde Eisenbahndienst und -Anwaltskonsulten, der Reichsregierung Forderungen vorgelegen unter Stellung einer Frist, nach deren fruchtbarem Abschluss die Beamenschaft zum Einschreiten in den Streit aufgefordert werden soll. Ich habe die Reichsverkehrsbehörde gefragt, ob diese Nachricht zutrifft, und sie mich veranlaßt. Folgendes bekannt zu geben:

Jeder Eisenbahnbeamte ist verpflichtet, seine volle Kraft einzusehen für den Dienst, insbesondere für die sichere und geordnete Verarbeitung des Betriebes und Verkehrs. Gegen diese Pflicht verstößt nicht nur, wer sich ohne begründete Entschuldigung vom Dienst fernhält, sondern auch, wer Arbeiten nicht ausführt, die seiner Dienststellung gemäß ihm obliegen oder von der angeständigen Stelle aufgetragen werden. Jede willkürliche Dienstverweigerung ist eine Verleugnung des Amts- und Dienstpflichten, die den Beamten gegenüber der Allgemeinheit obliegen, sie ist als Dienstvergehen strafbar. Gleich wie das Reich nicht in der Lage ist, das Anstellungsergebnis eines Beamten unter Aufrechterhaltung der gesetzlichen Schutzvorschriften zu ändern, steht auch dem Beamten ein Recht auf Arbeitsüberweigerung nicht zu. Gegen Beamte, die dieser Warnung entgegen ihre Pflicht verlehen sollten, ist unbedingt der Bestimmung des § 14 Abs. 3 des Beamtenstrafgesetzes die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens in die vorläufige Enthebung vom Dienste alsbald herbeizuführen.

Der Reichsverkehrsminister.

Groener.

Der erwähnte § 14 Abs. 3 des Beamtenstrafgesetzes entzieht dem Beamten für die Zeit seiner unerlaubten Enthebung vom Dienste das Dienstentkommen.

Die Reichsverkehrsbehörde weist im übrigen, daß die Beamten, die einen Streit ausgerichtet sind, sich der Zahl nach in einer ganz beträchtlichen Minderheit befinden. Sie in dem Erfolg des Reichsverkehrsministers erzielte Karstellung der Reichsverhältnisse wird aber, wie man hoffen darf, auch diejenigen Teile der Beamenschaft, deren Haltung zur Zeit schwankend ist, zur Besonnenheit zurückführen.

worden. (Sehr wahr!) Gleichwohl scheinen einzelne Mitglieder der Kommission das Recht für sich in Anspruch genommen zu haben, auch in den Sachen, denen sie nicht beigezogen haben, dem Vorwurf der Parteilichkeit zu machen. Ich kann nicht annehmen, daß der Oberste Rat dieses Verlangen als berechtigt anerkennen wird. Es wird jedenfalls keine deutsche Regierung geben, die den Vertrag machen wollte, die Auslieferung zwangsläufig durchzuführen. (Stürmischer Beifall.)

Die französische Regierung will noch andere Fragen bringen, um von neuem das System der Sanktionen anzuwenden. Wir werden diesem gänzlich negativen und unstrckbaren Programm ein positives Programm entgegenstellen, von dem ich hoffe, daß es die öffentliche Meinung in Frankreich beleben und befriedigen wird. Vor allem wird es Aufgabe der künftigen Reparationsverhandlungen sein, den Ausbau der zerstörten nordfranzösischen Gebiete sicherzustellen. Nachdem ich bisher das Programm der Reparationen nach seiner außenpolitischen Bedeutung behandelt habe, wende ich mich kurz zu seiner innerpolitischen Seite. Ich hoffe sehr, daß in diesem Punkte die Forderung der Alliierten und das Interesse Deutschlands absolut identisch sind. Die Neutralität ist deshalb bemüht, einerseits durch neue Steuern die Einkünfte des Reiches zu vermehren, andererseits die Ausgaben zu verringern. Die neuen Steuergesetze, die schon im Sommer dem Reichstag zugingen, haben einen langwierigen Weg durch die Ausschüsse hinter sich und werden in älterer Zeit bei dem Reichstag zur Beleidigung zugehen. Es war ein schwerer Kampf, bis es gelang, die Mitarbeit der Parteien bei dem Ausgleich zwischen direkter und indirekter Steuerbelastung herbeizuführen und das wichtige und große Werk der neuen Steuergesetzgebung in Sicherheit zu bringen.

Das Gesamtansinnen unserer Steuern überhaupt und Annahme der Steuergesetzgebung — ich sage aber noch einmal und betone: das Auskommen überhaupt — wird auf rund 100 Milliarden Mark geschätzt gegenüber dem Etat für 1921 mit 45 bis 55 Milliarden Mark. Es war, um dieses Ziel zu erreichen, ein Kompromiß notwendig, der heute zumindest gekommen ist. (Gelächter bei den Deutschen.) Diesen Kompromiß haben die Parteien von den Mehrheitssozialisten bis zur Deutschen Volkspartei angenommen. (Ausrufe bei den Deutschen.) Der Kompromiß ist wie folgt zustandegekommen:

1. Die Vermögenssteuer soll 200 Prozent betragen. Dazu soll durch Gesetz eine Zwangsabgabe in der Höhe von einer Milliarde Goldmark aufgelegt werden. Tiefe ist in den ersten drei Jahren zu verzögern. Dadurch sollen die Mittel für die Kreide flüssig gemacht werden, die der Reichsbahnhaushalt für das Neuhilfjahr bereitgestellt hat und die nicht für die Verkehrsauflagen bestimmt sind.

2. Die Nachriegssteuer sollen fallen gelassen werden, die ein nicht genügendes Auskommen ergeben haben.

3. Bei der Umsatzsteuer soll ausnahmslos ein Satz von 20 % zur Anwendung kommen.

4. Die Kohlensteuer soll 40 Prozent betragen, mit der Möglichkeit der Anpassung an die Wirtschaftslage.

5. Die Bürgersteuer soll mit Rücksicht auf die Kurve der Belastung des Verbrauchs und die Umlaufs- und Kohlensteuer und mit Rücksicht auf die Bedeutung des Autors für die Siedlungsernährung auf 50 Mark für den Doppelzentner festgesetzt werden.

6. Die Süße auf Kaffee, Tee und Kakaos sollen nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrates bemessen werden.

7. Bei der Biersteuer sollen bezüglich der Steuerlast die Vorschläge erster Reihe aufrecht erhalten werden. Die Regelung der Gemeindebierbesteuerung soll dem Landessteuerberatung überlassen werden.

8. Die Einheit der Gesamtsteuervorlage soll durch ein Mantelgesetz gewährleistet werden. In diesem sollen die Vorschläge über die Zwangsabgabe aufgenommen werden.

Am Anschluß an dieses große Geschehens muß im Interesse einer möglichst schleunigen Durchführung der Gesetzgebung auf die Bedürfnisse der Steuerverwaltung und auf die möglichste Vereinfachung der Gesetzgebung Rücksicht genommen werden.

Zum Schluß lasse ich die Ziele unserer Politik kurz zusammen, und knüpfe an ein Wort Lloyd Georges an. Er hatte darauf hingewiesen, daß die Welt nicht gefunden könne, wenn nicht das Vertrauen von Volk zu Volk, von Regierung zu Regierung, von Wirtschaft zu Wirtschaft wiederkehrt.

Ich lasse dieses Wort vom internationalen Vertrag auf nicht als ein bloßes Wort, sondern als ein großes politisches Bekenntnis. Alle Staatsmänner müssen anerkennen und werden anerkennen, daß die Weltwirtschaft unter den unumstößlichen Zahlungsverpflichtungen Deutschlands überhaupt nicht bestehen kann. Die Politik der Gewalt kann keine Politik der Dauer sein, sie würde zu einer Politik der Katastrophe für die Weltwirtschaft werden. Welcher Weg aber bleibt zur Rettung aus der harten Not der Welt? Ein Welt zum dauerhaften Frieden durch Verständigung, durch wirtschaftliche Verantwortung. Nun müssen die Männer der Wirtschaft zusammentreten, nachdem sich die Atmosphäre gefügt und gereinigt hat. In höchstem Ernst räumen wir deshalb an einer Weltwirtschaftskonferenz. Weltstrebende politische Befestigung des Gewerkschaftslebens wird die Hauptfrage der Konferenz sein müssen. Wie vorher die größten Bedenken haben gegen eine Politik, die Ruhe und eine Kolonie betrachten und handeln wollte.

Eine große Verhebung der Christenheit "Freude auf Leben!" ist an eine Bedingung geknüpft, nämlich, daß der Frieden nur denen gehöre, die ihn wollen. (Großer Applaus und erregte Bewegung.) Die Männer seien Willen, wollen wir fördern durch eine starke Parlamentsmehrheit, hinter der die überwältigende Mehrheit des Volkes stehen soll. Diesen guten Willen haben wir gezeigt. Wie werden ihn dauernd als Nation erweisen! (Lob, Beifall bei der Mehrheit.)

Das Haus tritt sofort in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Beschreibung der Regierungserklärung

ein. Abg. Groß-Bretann. (Dnatl.): Ich bitte um die Erlaubnis, die Aufmerksamkeit des hohen Hauses von den allgemeinen Bedenken des Reichskanzlers wieder ablehnen zu dürfen zu erneuter Fragen. (Großer Applaus und erregte Bewegung bei der Mehrheit.) Der Reichskanzler hat seine Verpflichtungen, die sich aus dem parlamentarischen System ergeben, nicht erfüllt. Was ist denn für uns in Wahrheit erledigt? Der Kanzler hat die Tätigkeit Dr. Rathenau in rühmlicher Weise beworben. Nun, Voynich hat deutlich genug die Antwort gegeben, daß Frankreich an dem Glauben festgehalten. Deutschland könnte esfüllen, bringe aber höchstwahrscheinlich sein Budget nicht in Ordnung. (Die Sitzung wird auf einige Minuten unterbrochen, da die Frau Botschafterin einen Ohnmachtsanfall erlitten hat.) Politisch hat sich unsere Lage verschärft. Wie lehnen eine Unterschrift unter Unmögliches ab.

Das Haus verträgt sich auf Freitag nachmittag 1 Uhr. Weiterberatung. Schluß 2.9 Uhr.

Beschließende Rede zum Kanzlerrede.

Die geistige Rede des Reichskanzlers im Reichstag wird von den meisten Berliner Plätzen als ein parlamentarisches Erfolg Dr. Wirths bezeichnet.

Die "Voss. Sta." sagt: Die sehr eingehende Polemik des Kanzlers gegen die Regierungserklärung Voynichs war im Tone sehr mahagoni, in der sachlichen Abwehr aber sehr bestimmt. Wir hoffen, daß nun mehr endlich die erhoffte Überlegung der Wirtschaft in den Vordergrund tritt gegenüber den leidenschaftlichen Erregungen und den parteipolitischen Interessen der Nicht-als-Politiker.

Die "Germania" knüpft an die Bewertung des Reichskanzlers an, daß keine Politik die Befriedigung der Interessen Frankreichs erzielt, so weit dies in Deutschlands Macht steht, und fügt fort: Diese hat der Friedensvertrag nicht statuiert; mehr kann auch Frankreich nicht verlangen. Um so größer aber ist unser Recht, auf diesem Gebiete Anerkennung unserer tatsächlichen Leistungen zu verlangen.

Der "Worms" führt aus, die Politik Dr. Wirths gegen den neuen Kurs in Frankreich sei streng im Rahmen des Sachlichen geblieben und werde durch einen ehrlichen Erfolgsvorlauf seine tatsächliche Linienträglichkeit beweisen.

Zu den Erklärungen des Reichskanzlers über die auswärtige Politik meint die "Freiheit": Es ist im wesentlichen die Politik, die wir in ihren Grundzügen stets gefordert haben, eine Politik der Offenheit, Freiheit und des gewundenen Menschenverstandes.

"Die Zeit" nennt die Abrechnung des Reichskanzlers mit den Unrichtigkeiten Voynichs sehr milde und vorsichtig in der Form, vernichtend aber in der Sache.

Das Steuerkompromiß.

In der interfraktionellen Besprechung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten wurde vereinbart, daß die Zwangsabgabe nicht bis zu einer Milliarde Goldmark, sondern in der Höhe dieses Betrages aufgelegt werden soll. Außerdem die Vergütung soll erst entschieden werden, wenn die Vorlage zur Beratung vorliegt und die Geldmachtverhältnisse sich eingemessen übersehen lassen. Die Sozialdemokraten verlangen, daß ihnen die Besteuerung der Genossenschaften von der Umlaufsteuer nicht zugestanden würde, die Besteuerung der Genossenschaften nur in der bisherigen Höhe. Unter dieser Voraussetzung waren sie bereit, für eine 2%ige Umlaufsteuer zu stimmen. Die Führer der Bürgerlichen lehnten diese Differenzierung ab. Aufgrund dessen kam es zu einem Kompromißvorschlag von 2%, Umlaufsteuer und dafür 40% Kohlensteuer und 60% Bürgersteuer für den Doppelzentner. Die wichtigste Voraussetzung für die Zwangsabgabe ist, daß ihr Ertrag nicht zur Deckung des außerordentlichen Bedarfs verwendet wird, aber keineswegs zu Zuschüssen für Betriebsunternehmungen, wie Volk und Eisenbahn. Zu diesen Beratungen nehmen die Deutschen nicht teil.

Der Reichstagsausschluß für auswärtige Angelegenheiten

tritt heute vorzeitig 11 Uhr zur Entgegennahme einer Erklärung des Reichskanzlers über den Garantie- und Reparationsplan zusammen, der heute abend oder morgen früh in einer Note der Reparationskommission mitgeteilt werden soll.

Der Reichsrat

nahm gestern den Gesetzentwurf über den deutsch-schwedischen Friedensvertrag und Vergleichsvertrag an, der am 3. Dezember v. d. Z. in Berlin abgeschlossen worden ist. Ferner wurde der Gesetzentwurf über den Vertrag zwischen Deutschland und der Republik Österreich in Angelegenheiten Kriegsbeschädigten und Kriegsunterbliebenen angenommen. Beide Staaten verbürgen sich darin gegenseitigkeit in der Ausübung der bestehenden Verfolgungsgelehrte. Schließlich wurde noch ein Gesetzentwurf über die Änderung der Wehrherrordnung für Jungen und Sachverständige angenommen.

men. Daraus werden die bisherigen Gebührensätze etwas verhöppen.

"Phantasiarbeit."

WTB. meldet aus Berlin: Eine blonde Korrespondenz hat die Mitteilung verbreitet, daß im Reichspostministerium neuerdings Erhebungen über den Rückgang des Brief-, Telegramm- und Fernfunkverkehrs angekündigt worden seien und daß sich seit dem 1. Januar beim Brief- und Telegrammverkehr ein Rückgang von ca. 50 v. H. ereignet habe. Das Reichspostministerium tritt hierzu mit, daß allgemeine Vermittlungen beim Briefverkehr vorliegen nicht in Aussicht genommen sind, weil erfahrbare Gemäß der erste an eine Gedächtnisverhöhung anstehende Monat zuverlässiges Unterlagen über den Umlauf des Briefverkehrs nicht zu liefern vermöge. Bei den Telegrammen, die im Wesentlichen zu den Briefsendungen fortlaufend gehäuft werden, ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von etwa 15 v. H. festgestellt, jedoch steht der Rückgang erreicht ist. Beim Fernfunkverkehr steht sich der Rückgang im Octoverkehr auf 15 v. H. im Februar auf 10 v. H. Die Gebauungen der Korrespondenz sind daher als Phantasiarbeit anzusehen.

Tagung des Verkehrsbeirates der Post.

Am Reichspostministerium eröffnete der Reichsverkehrsminister gestern eine Tagung des Verkehrsbeirates mit einer Rede, in der er die Notwendigkeit der inzwischen erfolgten weiteren Erhöhung des Post-, Telegraphen- und Fernfunkverkehrs nachdrücklich bestandene und die zur Vereinfachung und Verbesserung der Verwaltung und des Betriebs in der Durchführung begriffenen Maßnahmen näher darlegte.

Die Abänderung der Reparationsraten.

Der Pariser Verhandlungsrat des "Daily Chronicle" schreibt: Die Erklärung der Oberkommission angrenzt einer Abänderung der deutschen Reparationsraten auf einer Grundlage innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit sei für alle Militärischen der französischen Politiker und Juristenwelt wie ein kalter Sturzbau geflossen. Der Einwand des Präsidenten Harding, daß es zwecklos sei, den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu erfordern, solange Frankreich für weitere Rüstungsmassnahmen eintrete, sei der schärfste Vorwurf, den Frankreich von seiner Schwesterrépublik jenseits des Atlantischen Ozeans erhalten habe.

Deutschland soll lückenlos erfüllen.

Bei einem Frühstück, das die Vereinigung der Handel und Industrie gab, erklärte der Vertreter Frankreichs im Reparationsausschuß, Dubois, dem "Echo de Paris" folgt, die Reparationskommission habe die Pflicht, den Versöhnungsvertrag und den Londoner Zahlungsplan getrennt auszuführen zu lassen. Vielleicht werde sie einmal gewünscht sein, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen. Dies werde sie tun. Aber solange nicht erwiesen sei, daß Deutschland, das gesuchte Deutschland, bekante Dubois mit besonderem Nachdruck, nicht in der Lage sei, vorübergehend seinen Verpflichtungen nachzukommen, müßten seine Verbindlichkeiten lückenlos erfüllt werden.

Kabinettssrat in Paris.

Gestern vormittag wurde in Paris unter dem Vorsitz Poincarés ein Kabinettssrat abgehalten. Die Regierung hat beschlossen, die Kommission zu erlauben, die Debatte über die von Deutschland zu erkattenden Ausgaben auf die Zugesordnung für die deutsche Siedlung an weiterer Stelle zu legen. An erster Stelle wird über die Sanierung der Banque Industrielle de Chine verhandelt werden.

Englisch-belgischer Schutzvertrag.

Der "Petit Parisien" veröffentlicht den Text des geplanten englisch-belgischen Schutzvertrages. Im Entwurf heißt es u. a.: Am Falle eines direkten und nicht provozierten Angriffs auf Belgien wird Großbritannien Belgien sofort mit allen seinen Streitkräften zu Wasser, zu Lande und in der Luft zu Hilfe eilen. Belgien wird alle seine militärischen und Luftstreitkräfte verwenden, um seine Grenzen im Falle eines Angriffs oder einer Verleugnung seines Territoriums zu verteidigen. Belgien wird keinen Vertrag schließen oder ein Abkommen treffen, das mit diesem Abkommen unvereinbar ist.

Zum Ableben des Papstes.

Gestern nachmittag 2 Uhr wurden die sterblichen Überreste des Papstes in die Chorkapelle übergeführt und nach Erteilung des Segens in den Sarg gelegt. Das Gefolge zog sich darauf zurück. Der Sarg wurde in das Gewölbe herabgelassen und dort beigesetzt.

Harte Köpfe.

Roman von Maria Gerbernd.

"Und jetzt lach mir endlich davon abbrechen!" Er erhob sich und trat an den Schreibtisch. In ihm großteils sichtlich noch die Teregnung nach, in die ihn Udo pfünfjährige Berechnung versetzte. "Ich würde Dich auffordern, noch eine Spazier mit mir zu machen," sagte er, halb lächelnd, "aber offen gestanden, habt Ihr mir die Lust dazu vertrieben. Du nützt Deinen Gedanken. — Apoplos, weißt Du, daß seitdem Baumann nicht mehr in Frage kommt, der sehr bestimmte Verdacht in mir entstanden ist, daß kein anderer als dieser Kiel damals mein Staken angefertigt hat?"

Udo hatte sich mit hoffnungsvoller Miene erhoben. "Nein," antwortete er tonlos. Auch das noch! Wie schrecklich wenn selbst eine Natur wie Janusz zu solchen Machenschaften getrieben werden könnte. Und so sollte er gehen, ohne auch nur eine einzige der ungunden Sorgen gefüllt zu haben, die Tag und Nacht an ihm gehaftet. Es wollte heil in ihm auf.

"Papa!" fragte er, in der Nähe des Vaters stehen bleibend.

"Nun?" fragte Herr von Dessenheim kurz. Er legte schnell Hand auf seine Schulter.

"Wenn Du einige Ohren hörst verläufst, Papa?"

Durch die schlante Gestalt des Gußherren ging eine gleichsam angeschlagene Verwegung.

"Näherchen!" sagte er in verdubtem Ton. "Sieht Du nicht ein, daß die Sache sich hier bald von selber arrangieren wird?"

"Du willst damit sagen —" murmelte Udo.

"Nun, natürlich will ich damit sagen!" sprach der Vater heiter. "Der einzige, der mir absuchen würde, wäre Kempin, nicht wahr? Da der aber, wie wir scheint, mit Vergnügen dem Zeitpunkt entgegensteht, wo beide Gläser in die Hand — oder sorgfältig und den Namen eines gewissen Jemand bereitgestellt werden — was sollen wir uns noch machen in diesem Augenblick?"

Er lachte. Er grüßte sich noch immer dann, in die

Zanesgefichte.

Deutsches Reich.

Die Technische Rothilfe in einem Eisenwerk eingefest. Im Eisenwerk Krupp in Stettin ist gestern früh wegen Rohrleidungen ein Stiegel ausgespülten. Da die Rothandsarbeiter verweigert wurden, muhte die Technische Rothilfe eingreifen werden, um die Döschken vor dem Erlöschen zu bewahren.

Revision des Betriebsrätegesetzes. In einer Konferenz der Betriebsräte des Alten Hocharbeiterverbundes und des Altbundes in Essen wurde eine Entlastung angenommen, nach der die Betriebsräte erlaubt werden sollen, gemeinsam mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes des Nahns und den diesen Verbänden nahestehenden politischen Arbeiterparteien für eine Revision des Betriebsrätegesetzes durch den Reichstag einzutreten. Beideinheit soll eine Rendite der Betriebsräte beim Beschaffungsverband kontrakt und durchsetzt werden.

Reichskonferenz der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft. Am Sonntag findet in Berlin die erste Reichskonferenz der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft statt. Samstagabend 10 Uhr werden im Sportpalast u. a. Marcel Cachin und Clara Zetkin über das Thema "Die Reparationszahlungen und das deutsche und das französische Kapital" sprechen. In den nicht öffentlichen Verbänden soll besonders die Politik Rabell, der seit einiger Zeit in Berlin wohnt und dem Centralausschluß Direktiven für seine Gesellschaft aus Moskau überbracht, einer eingehenden Prüfung unterzogen werden.

Der 23. Ausschuß des Reichstags ist heute eine Aussprache über die Frage einer Übergabe der Überlebensausmuster an Beamte fort. Ein Regierungsexponent erklärte, daß die Reichsregierung in den nächsten Tagen mit den Regierungen der Länder Rücksicht nehmen und vornehmlich Mitte der kommenden Woche in der Lage sein werde, ihre Stellungnahme dem Ausschuss bekanntzugeben.

50 englische Kreuzschiffe an deutsche Firmen verkauft. Wie das Berliner "Aktienblatt" aus verlässlicher Quelle erählt, hat ein großer deutscher Konzern, dem einige der bedeutendsten Eisen- und Metall-Großunternehmen Deutschlands angehören, nach langwierigen Verhandlungen mit der englischen Admiralsität eine große Anzahl englischer Kreuzschiffe als altes Eisen angenommen. Der Kaufpreis für die Schiffe soll etwa eine halbe Million englischer Pfund, also nach dem heutigen Stand unserer Währung ungefähr 400 Millionen Papiermark betragen haben. Der Preis dieses Kaufes liegt darin, der deutschen Eisenindustrie Rohmaterial zu beschaffen. Fünf der angeworbenen Schiffe sind bereits in vier chinesischen Häfen eingetroffen, und an ihrer Ablösung wird bereits gearbeitet. Die anderen sollen erst später übergeben werden. Schätzungsweise hat die englische Regierung den Verkauf der Schiffe an schärfste Kontrollbedingungen gebunden. So können von den maschinellen Anlagen der Schiffe nur Elektro-Motoren und Leitungsanlagen sowie bestimmte andere Anlagen, wie Windanlagen usw. verkauft oder anderweitig verwendet werden. Alles andere, selbst die Betriebsmaschinen der Schiffe müssen zertrümmert und zu Schrott verarbeitet werden. Die Schiffe werden also nicht etwa zu Handelschiffen umgebaut, sondern im wahren Sinne des Wortes als altes Eisen verwendet werden. Mit der Kontrolle der Ablösung und Verwendung der Schiffe ist die Internationale Marinekommission in Berlin beauftragt worden.

Republik Österreich.

Gewährung einer Anleihe durch England. Die "Westminster Gazette" meldet, daß die britische Regierung die Gewährung einer Anleihe von 2½ Millionen Pfund Sterling an Österreich erwarte. Als Sicherheit für diese Anleihe würden die österreichischen Höhe dienen. Die Wiener Regierung würde neben befriedigenden Garantien bestreitend die Verwendung der Anleihe, wie verlautet, auch eine Beaufsichtigung bei dem Werke des Wiederaufbaus zulassen. Wenn Lloyd George und das britische Kabinett dem Vorlage des Schwedischen Zustimmten, so werde das Geld der österreichischen Regierung durch die Anglo-Österreichische Bank vorgezogen werden. Die Anleihe werde eine rein britische, nicht eine alliierte sein.

Das Abkommen mit der Tschechoslowakei angenommen. Der Nationalrat hat das politische Abkommen mit der Tschechoslowakei in namentlicher Abstimmung mit 104 Stimmen der Sozialdemokraten und der Christlich-Sozialen gegen 28 Stimmen der Großdeutschen angenommen.

Wiederstand der Regierung. Am Schlus der Sitzung des Nationalrats machte der Präsident Mitteilung von dem Widerstand des Bundeskanzlers und der Regierung. Der Nationalrat wird die neue Regierung heute wählen.

Die Frage der Pension für Exkaiser stark. Die gestern verbreitete Meldung, wonach die Reichsstaatkonferenz in Paris

Sache nichts vorliest zu haben, was ein beschränkter Stopp tatsächlich getan hätte.

"So — will ich Dich nun nicht länger stören," sprach Udo milde und wandte sich zur Tür.

Herr von Dessenheim glich lebenswürdig lächelnd mit:

"Und wenn Du sonst für Dich selbst einen Wunsch," sprach er.

"Nein, weiß Gott!" Udos Hand hatte sich unwillkürlich — nur doch — begreift, wie peinlich es mir ist, aber ich fürchte, es läßt sich nicht umgehen." Er wählte einen Moment, ob der Arzt oder die Schwester als Gewißheit weniger beledigend sei, und fuhr fort: "Die Krankenpflege ein sagte mir, daß die Brunnin durchgängig einer Reinigung bedürfen."

"Dann sprach schon Mama!" rief Herr von Dessenheim ein. Natürlich folgte sie dabei jedesfalls einem Wink von derselben garten Hand wie Du forsch. Damit habt Ihr nun auch etwas Gründliches gefüllt, indem Ihr diese dämmerige Schwester herlöstet! Ha ha! Ma, nichts für ungut! Ich verstehe fremde Liebhabereien zu respektieren, wenn ich sie auch nicht begreife. Awar Mama gäbe ich ja gerne diese holde Illusion, eine Begleiterin der Menschheit zu sein, um so mehr, da sie bei Ihren Unternehmungen immer sehr bald das Ende absehen läßt. Aber Du — Wenn diese Schwester Anna noch irgend welche verblüffende Neige hätte, eben in dieser Hinsicht scheint sie mir doch recht ungünstlich!"

Udo antwortete nicht.

"Woher, woher," sprach der Vater weiter, "alle die Brünen! Damit Du nicht sagen kannst, ich hätte Dir eine dringende Bitte abgeschlagen. Werde nicht ungeduldig. Ich bin so tolerant, wie nur möglich! Swarz sehe ich keine Notwendigkeit, daß joch'ne kleine Rattemargell erst gebrodet werden müßt, bevor sie an ihrer tödlichen Behandlung geht, sich in dem Staub der Straße zu wälzen. Und wenn der Kiel, der sich das Vieh an den Hals gegeben hat, auch zu Gefallen ein paar Schadeln Apothekerstellen verschlingt, so glaubt Ihr doch nicht, daß er sich dadurch abhalten läßt, allererst weniger appetitliche Mittelchen zu sich zu nehmen, die ihm der Gott oder irgend ein alter Weib verordnet?" — Doch ich sehe Deine Ungeduld, gute Töchter zu konsum. Nun, Hoffentlich habt wir jetzt miteinander zufrieden!"

sorgfältig einen Bildstock über die dem vormaligen Kaiser von Österreich zu gewidrige Venison gesetzt haben soll, wird vom "Tempo" für unrichtig erklärt. Die Reichsstaatkonferenz habe sich mit dieser These noch nicht beschäftigt.

Generalstaatsanwalt. Das Deutsche Büro erklärt: Aus Wien in London eingetroffene Nachrichten erläutern, daß Meisterang der Krone habe ein solch ungebührliches Steigen der Preise bewirkt, daß die Lage verunreinigt sei und Unruhen zu befürchten seien. Die österreichische Regierung habe deshalb den alliierten Märkten Kontrollen gemacht, die Lage auseinandergesetzt und erklärt, daß sie, wenn nicht innerhalb der nächsten Tage Hilfe aus dem Auslande eintrete, jede Verantwortung für die Folgen ableide.

Die Entscheidungssitzung für die Gewerkschaftsmonatssatzung. Das Ministerium für Auswärtsangelegenheiten teilt dem "Tempo" mit, daß durch Beschluss vom 12. Oktober 1921 die Entscheidung für die Unterbliebenen des in Oberösterreich erschossenen Oberst Monatssatz auf 225 000 Kronen festgesetzt worden ist.

Ausblick. Gewerkschaften für die Hungernden. Eine Delegation der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale brachte 75 000 Rubel Lebensmittel, Kleidungsstücke und Studiowerk für die Hungernden nach Moskau. Weitere Sendungen in gleicher Höhe werden folgen.

Muttervergnugung von 100 000 Arbeitern. Der dänische Arbeitgeberverband kündigt für den 8. Februar die Muttervergnugung von ungefähr 100 000 Arbeitern verschiedener Branche an, mit deren Organisation bisher eine Einigung über die Lohnabrechnung und Aufstellung des Schichtentags nicht zu erreichen war.

England. Geburtenabnahme. Nach den neuesten Mitteilungen des Britischen Statistischen Amtes haben die Geburtenziffern für 1921 in England und Wales einen starken Rückgang aufzuweisen. Es wurden etwa 850 000 Geburten verzeichnet. Also rund 100 000 weniger als im Jahre 1920. Es ist dies die niedrigste Geburtenziffer seit dem Jahr 1875 mit alleiniger Ausnahme der Kriegsjahre von 1915—1918. Andererseits ist aber die Zahl der Todessfälle mit 480 000 die niedrigste, die seit dem Jahre 1862 festgestellt wurde. Der Überblick der Geburten über die Todessfälle betrug im Jahre 1921 nur 400 000 gegen fast 500 000 im Jahre 1920. Die Stärkung der Geburten nach dem Kriege hat also wieder aufgehört, und die Geburtenziffer fällt unter den Kriegskranken.

Rummel. Gea. gute Belebung nötig zu geben. Suchanzeige. Wettinmarkt. 11.

Möbel. Zimmer oder Schlafräume sofort zu vermieten gesucht, mögl. mit Kost. Offeren unter K. N. 8838 an das Tageblatt Miesa.

Junges Ehepaar sucht 1. Hof.

Leeres Zimmer mit Kochgelegenheit, ev. klein, Wohnung. Off. unter K. N. 8810 an das Tageblatt Miesa.

Schlafraum. Hausmädchen ob. Hauswirt. 1. 2. od. 3. Stock. Gittertor. Bautznerstr. 8.

Ehe für meine Tochter. 19 Jahre alt, zum 1. Febr. 1922. Suche f. 1. Wärz zuverlässiges, fleißiges

Mädchen

oder Mutterwartin für sofort nutzbar. Zu erste im Tageblatt Miesa.

Wiederholung einer Anleihe durch England. Die "Westminster Gazette" meldet, daß die britische Regierung die Gewährung einer Anleihe von 2½ Millionen Pfund Sterling an Österreich erwarte. Als Sicherheit für diese Anleihe würden die österreichischen Höhe dienen. Die Wiener Regierung würde neben befriedigenden Garantien bestreitend die Verwendung der Anleihe, wie verlautet, auch eine Beaufsichtigung bei dem Werke des Wiederaufbaus zulassen. Wenn Lloyd George und das britische Kabinett dem Vorlage des Schwedischen Zustimmten, so werde das Geld der österreichischen Regierung durch die Anglo-Österreichische Bank vorgezogen werden. Die Anleihe werde eine rein britische, nicht eine alliierte sein.

Das in allen häusl. Arbeiten bewandert ist. Frau Gabriele Hartmannsdorf b. Limbach I. Sa.

Suche für meine Tochter. 19 Jahre alt, zum 1. Febr. 1922. Suche für meine Tochter. 19 Jahre alt, zum 1. Febr. 1922. Walter Kursch. Partmannsdorf b. Limbach I. Sa.

Suche für meine Tochter. 19 Jahre alt, zum 1. Febr. 1922. Walter Kursch. Partmannsdorf b. Limbach I. Sa.

Suche für meine Tochter. 19 Jahre alt, zum 1. Febr. 1922. Walter Kursch. Partmannsdorf b. Limbach I. Sa.

Suche für meine Tochter. 19 Jahre alt, zum 1. Febr. 1922. Walter Kursch. Partmannsdorf b. Limbach I. Sa.

Suche für meine Tochter. 19 Jahre alt, zum 1. Febr. 1922. Walter Kursch. Partmannsdorf b. Limbach I. Sa.

Suche für meine Tochter. 19 Jahre alt, zum 1. Febr. 1922. Walter Kursch. Partmannsdorf b. Limbach I. Sa.

Stellung auf größeren Gütern. wo dieselbe sich unter Leitung der Haushfrau im Kochen und Haushalt weiter ausüben kann. Familienservice und Tischengel erwünscht.

Paul Haas, Landwirt, Brotewitz, Bez. Halle.

Verkäuferin. Selbstständig und brancheüblich. W möglichst bald bei hohem Gehalt geliefert.

Ernst Müller Nachflg.

Jah. Paul Wende.

Schwefelsaures Ammoniak Ammon.-Superphosphat 8-9 Proz.

Kalifalz 40 Proz. — Kainit empfiehlt ab Lager.

G. Heinig, Langenberg.

18. Kapitel.

"Über mich, liebes Fräulein!" — Baroness Kempin trat heimlich schläfrig über die Schwelle des freundlichen Büros, in das Georg Baumgartner vor drei Tagen mit seinem Schwestern eingingen war.

Agnes, die sich allein im Glücks